

Ländliche Utopien als infrastrukturelle Utopien

Progressive Alternativen zu infrastruktureller Peripherisierung und infrastrukturellem Populismus

Matthias Naumann & David Rudolph

1. Einleitung

In einem gemeinsamen Debattenbeitrag vom September 2022 in der größten Tageszeitung Dänemarks, der konservativen *Jyllands Posten*, haben die Vorsitzenden des Nationalrats für ländliche Entwicklung sowie der Klima-, Umwelt- und Planungsausschüsse des Landesverbandes der dänischen Gemeinden dazu aufgefordert, »die Energiewende einen Wendepunkt für die Entwicklung ländlicher Gebiete werden zu lassen« (*Jyllands Posten* 2022). Sie beschreiben darin den Ausbau von Infrastrukturen zur Nutzung erneuerbarer Energien, der auf den ersten Blick als unvereinbar mit dem »guten Leben auf dem Land« (ebd.) erscheint, als einzigartige Chance für den Kampf gegen den Klimawandel und für die Zukunft des ländlichen Raumes. Dabei fordern sie die dänische Regierung dazu auf, ernsthafte Lösungen auf den Weg zu bringen, die der ländlichen Entwicklung dienen, die den Mehrwehrt erneuerbarer Energien den betroffenen Gemeinden anstatt den Infrastrukturbetreibern zukommen lassen, sowie nicht zuletzt auch die ländlichen Bürger*innen einbinden, um undemokratische Entscheidungsprozesse zu vermeiden und den sozialen Zusammenhang zu stärken. Der Aufruf mahnt an, »Lösungen zu priorisieren«, die lokale Gemeinden und Gemeinschaften »entwickeln«, »anstatt [diese] abzuwickeln« (ebd.).

Dieser Beitrag deutet auf zwei wesentliche Aspekte hin: Erstens, und anderen europäischen Ländern ähnlich, sind ländliche Räume in Dänemark auch von gravierenden Folgen des Strukturwandels betroffen, wobei der bisherige Ausbau erneuerbarer Energien scheinbar als nicht oder nur unzureichend mit ländlicher Entwicklung in Verbindung gebracht wurde. Zweitens ist die Wahlmöglichkeit zwischen zwei Visionen zum Ausbau erneuerbarer Energien angedeutet. Eine Vision, in der die Infrastrukturen zum Fortbestehen und zur Entwicklung der Lebensqualität im ländlichen Raum beitragen, und eine Vision, in der der massive Ausbau erneuerbarer Energien dem guten Leben auf dem Land entgegensteht, diesen gefährdet oder gar verdrängt.

Das Beispiel illustriert, wie politische Konflikte um Infrastrukturen in ländlichen Räumen Fragen nach infrastrukturellen Zukünften jenseits des bestehenden aufwerfen – nach infrastrukturellen Utopien. Utopische wie auch dystopische Vorstellungen von ländlichen Zukünften haben immer auch eine infrastrukturelle Dimension. Dies möchten wir anhand von drei Punkten ausführen. Erstens steht der Begriff der infrastrukturellen Peripherisierung für regionale Benachteiligungen entlang von fehlenden, defizitären oder auch unerwünschten Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Infrastrukturelle und regionale Benachteiligungen können sich gegenseitig verstärken und zu einer dauerhaften und wortwörtlichen »Abkopplung« führen. An diese politischen Problemlagen schließen zweitens aktuelle Entwicklungen eines infrastrukturellen Populismus an. So können infrastrukturelle Defizite nicht nur eine Ursache für die überdurchschnittliche Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen in ländlichen Räumen darstellen. Rechtspopulist*innen entwickeln auch eigene Positionen in der Infrastrukturpolitik und schaffen eigene Infrastrukturen zur Mobilisierung und Organisation. Diesen planerischen und politischen Herausforderungen für ländliche Räume stellen wir drittens infrastrukturelle Utopien entgegen – Gegenentwürfe für sozial und ökologisch gerechte sowie demokratische ländliche Zukünfte.

Wir gehen damit in unserem Beitrag zwei Thesen nach. Zum einen sehen wir in infrastrukturellen Benachteiligungen einen Grund für die Herausbildung von Rechtspopulismus in ländlichen Räumen. Zum anderen erfordern überzeugende Alternativen zu rechtspopulistischen Bestrebungen auch Vorstellungen davon, wie ländliche Räume und deren Infrastrukturen in der Zukunft gestaltet werden können. Im Folgenden führen wir für unsere Betrachtungen jeweils Bezüge aus der aktuellen Literatur sowie empirische Illustrationen aus Dänemark an, die auf vorhergehende Arbeiten zurückgreifen. Diese beziehen sich insbesondere auf die umkämpfte Verhandlung von Energieinfrastrukturen im ländlichen Raum (Elkjær/Rudolph/Horst 2023) und deren Einbindung in Strategien zur ländlichen Entwicklung (Rudolph/Clausen 2021).

2. Infrastrukturelle Peripherisierung ländlicher Räume

Die Krise ländlicher Räume ist in mehrerlei Hinsicht auch eine infrastrukturelle Krise. Der wirtschaftliche Strukturwandel führt zu einer Finanzialisierung bzw. »Assetization« (Stirling/Gallent/Purves 2023) ländlicher Immobilien und Flächen, teilweise mit dem Ziel, diese für die Energieversorgung zu verwerten (Alonso Serna 2022; Kirkegaard et al. 2023a). Der demographische Wandel führt in ländlichen Räumen einerseits zur Überlastung von Infrastrukturen, etwa der Gesundheitsversorgung und der Pflege, und andererseits auch zur Unterauslastung, zum Beispiel von Schulen oder auch Wasserinfrastrukturen (Naumann 2009). Der Klimawandel stellt die bisherige Energie- und Wasserversorgung, aber zunehmend auch den Verkehr in ländlichen Räumen in Frage, indem umfassende Transformationen erforderlich werden. Schließlich führt die Digitalisierung nicht nur zu neuen technischen Möglichkeiten, sondern auch neuen sozialen Spaltungen in ländlichen Räumen (Li/Chen/Wu 2020). Infrastruktur, bislang ein wesentliches Instrument der Strukturpolitik im Bemühen um den Ausgleich räumlicher Disparitäten, droht zu einem Element der »Peripherisierung« ländlicher Räume zu wer-

den. Diese betrifft vor allem Regionen in größerer Entfernung von urbanen Ballungsräumen, jenseits von Verkehrsachsen und touristischen Attraktionen. Für diese ländlichen Räume droht die Gefahr der »infrastrukturellen Peripherisierung« (Naumann/Reichert-Schick 2012), die drei Aspekte umfasst:

- Ersatzloser Rückbau: dieser ist im Lebensmitteleinzelhandel, bei der medizinischen Versorgung und bei den Schulstandorten festzustellen.
- Ausdünnung und Reduzierung: vor allem im ÖPNV, aber auch bei soziokulturellen Angeboten ist eine deutliche Verringerung des Angebots zu beobachten. So besteht der Buslinienverkehr vielerorts lediglich noch als Schüler*innenverkehr weiter.
- Ausbau und Erweiterung: hierfür steht der Ausbau im Bereich der Abwasserentsorgung, aktuell aber insbesondere von Infrastrukturen zur Nutzung erneuerbarer Energieträger. Dieser Ausbau stößt aber immer wieder auf lokale Proteste.

Die aktuell laufenden Transformationen von Infrastrukturen finden in diesen Regionen unter den Bedingungen der Peripherisierung statt und drohen, bestehende Benachteiligungen noch einmal zu verstärken. Die Schwierigkeit, Einrichtungen und Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten, wird damit zu einem wesentlichen Charakteristikum peripherisierter ländlicher Räume. In wissenschaftlichen, aber auch politischen Publikationen wie dem »Deutschlandatlas« des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2023) sind Fragen der Infrastrukturausstattung, wie die Breitbandversorgung, die Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs oder auch die hausärztliche Versorgung, zentrale Indikatoren für die Bestimmung von regionalen Disparitäten – und damit auch Ansatzpunkte für deren politische Bearbeitung. Die Überlagerung von wirtschaftlichen und demographischen Problemen mit infrastrukturellen Fragen illustrieren Beispiele ländlicher Räume in Dänemark.

Periphere Gemeinden in ländlichen Räumen Dänemarks haben seit den 1990er-Jahren die Bezeichnung »Außenrand-Dänemark« bzw. »Rand-Dänemark« (Udkantsdanmark) erfahren, wobei die ursprüngliche Begrifflichkeit aufgrund der randständigen Lage, Abgeschiedenheit und Entfernung der Gemeinden zu zentralen infrastrukturellen Angeboten entstanden ist. Mit der zunächst noch nicht negativ konnotierten Bezeichnung »Außenrand-Dänemark« wurde aber verstärkt auch eine Zweiteilung und ungleiche Entwicklung des Landes im öffentlichen Diskurs insinuiert, wobei der eine Teil als progressiv und wohlhabend angesehen wird und der andere Teil als rückständig in Bezug auf Einkommen, Bildung, infrastrukturelle Versorgung und Lebensqualität dargestellt und dementsprechend auch von der nationalen Regierung als stiefmütterlich behandelt betrachtet wird. Diese ohnehin stigmatisierende Bezeichnung ländlicher Gebiete abseits der urbanen Wachstumszentren hat zudem Ausdruck in der dystopischen räumlichen Imagination »die faule Banane« (den *rådne banan*) – oder etwas wohlwollender formuliert: »die überreife Banane« – gefunden. Dieser Ausdruck ist auf die geographische Lage der benachteiligten peripheren Gebiete, die von Westjütland bis in den Süden zu den Inseln Lolland und Falster reichen, zurückzuführen, welche auf einer Karte einen bananenähnlichen Umriss einnehmen.

Diese ländlichen Gemeinden waren in den letzten drei Jahrzehnten stark von wirtschaftlichen Veränderungen, infrastrukturellem Niedergang, Abwanderung und Zen-

tralisierung der öffentlichen Versorgung betroffen. Allerdings bieten gerade diese Gebiete durch ihre küstennahe und periphere Lage auch Vorteile für die Nutzung von erneuerbaren Energieträgern, vor allem besonders günstige Windressourcen und eine vergleichsweise preiswerte Landnutzung. Daher ist es nicht verwunderlich, dass eine stärkere Nutzbarmachung von erneuerbaren Energien in marginalisierten Gebieten zum einen als Fundament eines Strukturwandels und wirtschaftlichen Aufschwungs angeführt wird. Zum anderen bietet sich dadurch die Möglichkeit, eine anhaltende Stigmatisierung zu entkräften und die Nützlichkeit ländlicher Räume für Dänemarks Vorreiterrolle in der Energiewende hervorzuheben. Aber entgegen der eingangs beschriebenen Vision, die Ansiedlung von Infrastrukturen zur Nutzung von erneuerbaren Energien mit Möglichkeiten ländlicher Entwicklung zu verknüpfen, haben einige Betreiber*innen von Windparks die territoriale Stigmatisierung vom »Außenrand-Dänemark« aufgegriffen und mobilisiert, nicht nur um die Errichtung von Windparks in marginalisierten Gebieten zu rechtfertigen, sondern auch um für diese Platz zu schaffen, indem sie Häuser am Rande vernachlässigter und strukturschwacher Ortschaften aufkaufen (Rudolph/Kirkegaard 2019). Diese Praxis dient der Einhaltung von Abstandsregelungen von Windkraftanlagen zu Wohnhäusern, der Vergrößerung der Wirtschaftlichkeit der Windparks, aber auch dem Entgegenwirken lokaler oppositioneller Kräfte. Die paradoxe Argumentation der Windparkbetreiber*innen für diese Praxis bezieht sich auf eine infrastrukturelle Neubelebung ländlicher Räume und die Unterstützung für Gemeinden in ihren limitierten Bestrebungen ohnehin aufgegebene Siedlungen abzuwickeln (ebd.). Die Aussicht, dass sich privatwirtschaftliche Unternehmen der Zukunft ausgewählter abgehangter Räume annehmen und staatliches Handeln ersetzen, birgt jedoch die Gefahr eines neuen Zyklus ungleicher Entwicklung. In diesem Szenario würde die weitere Entwicklung strukturschwacher Räume dann noch stärker von den Interessen privatwirtschaftlicher Unternehmen abhängen und staatliche Interventionen zum Ausgleich räumlicher Disparitäten würden weiter an Bedeutung verlieren.

Infrastrukturelle Benachteiligungen als ein Element des »Abgehangtseins« von Regionen (Rodríguez-Pose 2018) stellen jedoch auch eine Erklärung für den Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien dar, die der nächste Abschnitt diskutiert.

3. Infrastruktureller Populismus in ländlichen Räumen

In den letzten beiden Jahrzehnten konnten sich in vielen Ländern des Globalen Nordens rechtspopulistische Parteien im politischen System etablieren und teilweise, wie in Polen, Ungarn oder jüngst auch Finnland, Teil von Regierungen werden. Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen waren dabei vielfach in der Lage, von der Unzufriedenheit mit sozialen und räumlichen Spaltungen zu profitieren. So zeigen eine Reihe von Arbeiten, einen Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien und »places that don't matter« (Rodríguez-Pose 2018). Wie bereits angedeutet, ist Infrastruktur ein Element dieses »Abgehangtseins«. So versteht Deppisch (2019) in ihrer Untersuchung medialer Diskurse Infrastrukturverfall als eine Ursache für Gefühle des Abgehangtsein, die eine Ursache für den Wahlerfolg der rechtsextremen »Alternative für Deutschland (AfD)« darstellen können. Mit dem Begriff des »infrastrukturellen Po-

pulismus« (Naumann 2021) sind damit erstens infrastrukturelle Benachteiligungen als ein Grund für die überdurchschnittliche Zustimmung für rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in ländlichen Räumen gemeint. Dies illustrieren auch empirische Beobachtungen aus Dänemark, wobei der rechtspopulistischen Dansk Folkeparti (DF, Dänische Volkspartei) eine besondere Bedeutung zukommt.

Die DF wurde 1995 gegründet und hat in den letzten beiden Jahrzehnten politische Entscheidungen in Dänemark entscheidend mitgeprägt. Sie arbeitete zwischen 2001–2011 mit der rechtskonservativen Minderheitsregierung zusammen und hat zwischen 2015–2019 als zweitstärkste Fraktion im Parlament die rechtsliberale Minderheitsregierung unterstützt, wobei sie insbesondere in ländlichen und suburbanen Gebieten größeren Rückhalt erfahren hat (Bächler/Hopmann 2016). Anders als zum Beispiel die AfD in Deutschland wurde die DF nach anfänglichen Erfolgen nicht durch eine »Brandmauer« der anderen Parteien vom politischen Tagesgeschäft ausgeschlossen und konnte daher den politischen Diskurs wesentlich mitbestimmen (Kosiara-Pedersen 2019). Die Zustimmung der DF ist jedoch in den letzten Parlamentswahlen von 2019 (8,7 Prozent) und den vorgezogenen Wahlen 2022 (2,6 Prozent) drastisch eingebrochen. Der aktuelle Niedergang der DF scheint in einem generellen Rechtsruck in Dänemark begründet zu sein, wobei vor allem die regierende sozialdemokratische Partei ähnliche Ziele wie die DF hinsichtlich der Erhaltung eines nationalen Wohlfahrtsstaats verfolgt und deren restriktive Einwanderungspolitik gegenüber nichtwestlichen Einwanderern und Asylsuchenden übernommen hat (Nedergaard 2018; Wiggen 2023). Nicht nur zu ihrer Hochzeit hat die DF Belange des ländlichen Raumes für sich entdeckt und eine Politik des nationalen Ausgleichs verfolgt.

»Ich verwende das Wort ›Rand-[Dänemark]‹ nicht gern. Bereits damit werden die Gebiete außerhalb der Großstädte zu etwas Fernem und Ungreifbarem gemacht. Wir in der Dänischen Volkspartei legen allerdings großen Wert auf ländliche Gebiete. Wir müssen für ein ausgeglichenes Dänemark sorgen« (Parteivorsitzender Dansk Folkeparti, in Jyllands Posten 2017).

Für diesen Ausgleich thematisiert die Partei explizit auch Infrastrukturen:

»Eine gute Infrastruktur ist in allen Teilen des Landes wichtig« (Dansk Folkeparti 2021, 34).

Mit diesen Schlaglichtern aus Dänemark wird deutlich, wie das Thema Infrastruktur von rechtspopulistischen Parteien besetzt wird. »Infrastruktureller Populismus« versteht Infrastruktur daher zweitens auch als ein Feld für die Entwicklung rechtspopulistischer Positionen. Dies betrifft vor allem die Sektoren Energie und Verkehr als Politikfelder, in denen rechtspopulistische Parteien aktiv sind. Ein Beispiel hierfür sind die politischen Auseinandersetzungen um lokale oder regionale Transformationen der Energieversorgung. Unter Stichworten wie »Energy Populism« (Dechézelles/Scotti 2022) oder »Climate Nationalism« (Kashwan/Liu/Das 2023) beschreiben aktuelle Forschungsarbeiten die »Political Ecologies of the Far-Right« (Atkins/Menga 2022). Die Energiepolitik der Dansk Folkeparti ist dafür ein empirisches Beispiel.

Nach einer anfänglich ablehnenden Haltung gegenüber der Nutzung und des Ausbaus von erneuerbaren Energien kann auch die DF sich mittlerweile vor der gewachsenen Bedeutung dieses Wirtschaftssektors in Dänemark nicht verschließen. Dies betrifft nicht nur den Export von erneuerbaren Energietechnologien, sondern auch den Ausbau des heimischen Marktes, um nationale Klimaziele zu erreichen, die landesweite Infrastruktur zu verbessern und den Bürger*innen zugutezukommen.

»Die Dänische Volkspartei unterstützt den Ausbau der Produktion grüner Energie in Dänemark. Es muss nur im Einklang mit der Tatsache geschehen, dass es Verbraucher gibt, die den erzeugten Strom abnehmen. Für die Dänische Volkspartei besteht die wichtigste Aufgabe daher darin, dafür zu sorgen, dass die von uns selbst produzierte grüne Energie besser als heute genutzt wird und die Teile der Gesellschaft erreicht, die noch von fossilen Brennstoffen am Leben gehalten werden. Ansonsten bauen wir nur Solarzellen, Windkraftanlagen usw. zum Wohle und Vergnügen unserer Nachbarn – und das macht keinen Sinn.« (Dansk Folkeparti 2023)

In einem Beitrag zur Situation in den peripheren Gebieten Dänemarks prangert ein Parlamentsmitglied der DF insbesondere die ungleiche Bereitstellung und Förderung von Infrastrukturmaßnahmen der politischen Eliten zwischen ländlichen und städtischen Regionen an. Hierbei beschwört der Diskussionsbeitrag gar eine raumbezogene Spaltung der dänischen Gesellschaft entlang von Trennungslinien in der infrastrukturellen Versorgung herauf.

»Während der Staat ständig bereit ist, das Wachstum in der Hauptstadtregion und den größeren Städten mit Universitätskliniken, Konzertsälen, U-Bahnen, Stadtbahnen und anderer Infrastruktur zu steigern, ist es, als ob die dänische Gesellschaft sich gegen den Teil der Bevölkerung zusammengerottet hat, der in den Randgebieten lebt und die ansonsten gleichberechtigte Bürger wären« (Parlamentsmitglied der Dansk Folkeparti, in Jyllands Posten, 2015).

Drittens steht »infrastruktureller Populismus« auch für die Schaffung eigener Infrastrukturen durch Rechtspopulist*innen. So führte die Ablehnung öffentlich-rechtlicher bzw. etablierter bürgerlicher Medien dazu, dass rechtspopulistische Parteien und Bewegungen stark in sozialen Medien aktiv sind und dort eigene Kanäle entwickeln (Naumann 2021: 217f.). Dies zeigte sich etwa bei den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie, wo Messengerdienste wie Telegram, aber auch soziale Medien wie Facebook und YouTube eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung spielten. Neben diesen vor allem digitalen Infrastrukturen entstanden aber auch institutionelle Infrastrukturen wie Stiftungen, Veranstaltungsräume oder Unternehmen, die rechtspopulistische Aktivitäten unterstützen. Die von rechtspopulistischen Akteuren geschaffenen Infrastrukturen haben in ländlichen Räumen noch einmal eine besondere Bedeutung, da dort, wie bereits beschrieben, öffentliche Infrastrukturen in den letzten Jahren reduziert wurden. Dies illustrieren auch Beispiele aus Dänemark, wo soziale Netzwerke an Bedeutung gegenüber den bisher etablierten Medien gewannen und als »Echokammern« für rechtspopulistische Positionen fungieren können. Hierfür können die rechtspopulistischen, bzw. als nuancierend und politisch inkorrekt selbst-

bezeichneten, Internetnachrichten-Portale »Den Korte Avis« oder »24nyt« angeführt werden, deren Facebook-Seiten mehrere Zehntausende Follower haben (Mayerhöffer 2021), wobei der Online-Auftritt von »24nyt« bei Facebook aufgrund von Kritik wegen irreführendem Journalismus gesperrt wurde.

Die verschiedenen infrastrukturellen Dimensionen des Rechtspopulismus in ländlichen Räumen werfen die Frage danach auf, was alternative bzw. progressive Utopien von Infrastrukturen für ländliche Räume sein könnten.

4. Infrastrukturelle Utopien als Perspektive ländlicher Räume

Den pessimistischen Aussichten von ländlichen Räumen, die nur noch über eine eingeschränkte Infrastrukturversorgung verfügen und von rechtspopulistischen Akteuren zunehmend vereinnahmt werden, stellen wir abschließend alternative Vorstellungen von ländlichen Infrastrukturen gegenüber. Hierbei gehen wir von einer Wechselwirkung zwischen ländlichen und infrastrukturellen Utopien aus: einerseits ermöglichen utopische Infrastrukturen ländliche Utopien, andererseits sind infrastrukturelle Utopien auch nur in utopischen ländlichen Räumen denkbar. Infrastrukturelle Utopien sind damit Teil von »spatial imaginaries« (Watkins 2015).

Bereits jetzt gibt es verschiedene Beispiele für die Aufrechterhaltung oder auch den Ausbau von Infrastrukturen in ländlichen Räumen: etwa den mit einer App verbundenen Bürgerbus, den mit bürgerschaftlichem Engagement betriebenen Dorfladen, der auch Postdienstleistungen anbietet, die wieder eröffnete Dorfschule, die Gründung von Energiegenossenschaften oder auch die Entwicklung mobiler Angebote im Bereich Gesundheit und Pflege. Viele dieser Beispiele beruhen auf technologischen Innovationen, einer flexiblen Anpassung von Vorgaben und Standards sowie ehrenamtlichem Engagement von Menschen in ländlichen Regionen. Die Dekarbonisierung ländlicher Räume kann hierbei eine recht konkrete infrastrukturelle Utopie für ländliche Räume darstellen.

Dieser Utopie einer »Öko-Lokalisierung« (North 2010) folgen zahlreiche Initiativen im Energiesektor, wie etwa die NGO »Wind People« in Dänemark. Diese war eine Grassroots-Organisation, die 2008 als Antwort auf sich verschlechternde Bedingungen für Bürgerenergieprojekte gegründet wurde, um neue Wege in der Energiewende einzuschlagen, welche die Errichtung von erneuerbaren Energien mit der Förderung des Gemeinwohls in ländlichen Gemeinden verbinden. Anders als lokal verankerte und agierende Grassroots-Initiativen waren die Aktivitäten der »Wind People« nicht räumlich begrenzt und umfassten sowohl die Unterstützung der Umsetzung konkreter Energieprojekte als auch standortübergreifende energiepolitische Lobbyarbeit. Ihre Ziele waren auf eine größere finanzielle Teilhabe von Bürger*innen an Infrastrukturanlagen sowie auf grundlegende Veränderungen in den Ausschreibungskriterien für Energieprojekte ausgerichtet, um diese damit teilweise dem Markt zu entziehen bzw. existierende Marktmechanismen neu zu justieren. Nach anfänglichen Erfolgen in der Umsetzung von einigen Bürgerenergieprojekten scheiterte die Initiative »Wind People« schließlich in ihren Bemühungen, die kompetitiv ausgerichteten Regularien und Beschränkungen des Markts für erneuerbare Energien strukturell zu verändern und lösten sich daraufhin im Jahr 2019 auf (Kirkegaard et al. 2023b).

»Wind People können nicht mit gutem Gewissen danebenstehen und zusehen, wie eine kleine Gemeinde von einem Unternehmen überrollt wird, das hauptsächlich für seine eigenen Profite arbeitet, ohne die lokale Gemeinde zu berücksichtigen.« (Wind People, in Nibe Avis 2017)

»Wind People« forderten eine stärkere lokale wirtschaftliche Verankerung von Wind- und Solarparks hauptsächlich durch neue Planungsprozesse und hybride Eigentumsverhältnisse an den Anlagen, bei denen Bürger*innen eine größere Beteiligung an den Infrastrukturen und Gewinnen haben, sowie die Errichtung lokaler Entwicklungsfonds, deren Einlagen direkt den betroffenen Gemeinden zukommen sollten.

»Bei der Energieplanung kann es zu zwei Endprodukten kommen. Ein externer Projektentwickler errichtet Windkraftanlagen in einer lokalen Gemeinde, hält sich an die rechtlichen Vorgaben, und es gibt verdammt viel Ärger, weil die Endnutzer am Ende einen riesigen Mast haben, bei dem sie überhaupt nicht spüren, dass er erneuerbare Energie liefert, und sie nur die Beeinträchtigungen sehen. In dem zweiten Projekt, bei dem sie sich zunächst mit der Vision auf den Weg gemacht haben, die Gemeinde eingebunden haben, die Werte in ihrer lokalen Gemeinschaft identifiziert haben usw., dann haben sie technisch gesehen genau die gleiche Lösung erreicht, aber das Endprodukt ist ein völlig anderes. Denn hier gibt es einen riesigen Mast, der lästig ist, aber der auch zu Wohlfahrtsverbesserungen in der örtlichen Gemeinschaft führt, die so viel bedeutsamer sind und hier und jetzt spürbar sind.« (Interview, Wind People, 2016)

Wie der eingangs beschriebene Aufruf verdeutlicht, sollten staatliche und private Initiativen im Bereich der Energiewende mühelos zusammengedacht werden. Allerdings zeigt das Beispiel »Wind People« auch, dass (über)staatliche Regulierung eine Mobilisierung existierender Utopien von ländlichen Infrastrukturen durchdringen und beschränken kann. Trotz der Aufgabe ihrer Aktivitäten haben »Wind People« Utopien des ländlichen Raumes abseits des hegemonialen energiepolitischen Diskurses vorgelebt und alternative Organisationsformen für ländliche Infrastrukturen bedeutend vorangetrieben.

Jenseits der bereits bestehenden Utopien von ländlichen Infrastrukturen ist daher ein weitergehender Paradigmenwechsel in der Infrastrukturplanung und -politik notwendig – die gesellschaftliche Aneignung von Infrastrukturen. Der Begriff der gesellschaftlichen Aneignung steht für eine umfassende Dekommodifizierung von Infrastruktur und geht damit über Fragen der rechtlichen bzw. materiellen Eigentümer*innenschaft hinaus. Die Infrastrukturversorgung orientiert sich somit nicht an Zielen betriebswirtschaftlicher Effizienz, sondern ist sozialem Ausgleich, Nachhaltigkeit und demokratischer Teilhabe verpflichtet. Daraus ergeben sich sowohl eine grundlegende gemeinwohlorientierte Ausrichtung der Aufgabenträger der ländlichen Infrastrukturversorgung als auch konkrete Projekte in verschiedenen infrastrukturellen Bereichen. Exemplarisch stehen hierfür die Ansätze von Energie- oder auch Mobilitätsgerechtigkeit (Jenkins et al. 2016; Pereira/Schwanen/Banister 2017). Eine weitere grundsätzliche Herausforderung besteht in der Schaffung neuer infrastruktureller Rationalitäten, hierfür können weitere konzeptionelle Bezüge Impulse liefern, wie etwa »Allianztechnik« (Bloch 1985 [1959]) und »convivial technology« (z.B. Arora et al.

2020), die gesellschaftliche Technikverhältnisse emanzipatorisch umdenken, oder auch Vorstellungen von antikapitalistischen ländlichen Räumen (Halfacree 2007). Auch der Ansatz präfigurativer Politik (Springer 2016) versucht mit konkreten, emanzipatorischen Praktiken grundlegende Änderungen im Hier und Jetzt voranzutreiben und Utopien vorzuleben, während »Technoregions of Insurrection« (Brennan 2023) darauf aufbauend aufständische Praktiken speziell für den Aufbau dezentraler Energieinfrastrukturen anregen. Diese Ansätze führen nicht nur konzeptionelle, argumentative und praktische Anforderungen an infrastrukturelle Utopien zusammen, die für eine Realisierung progressiver, solidarischer und aufständischer Alternativen zur Organisation und Nutzung von Infrastrukturen im ländlichen Raum notwendig sind. Eine Verknüpfung verschiedener Elemente dieser Ansätze kann auch eine Anleitung dafür bieten, diese Utopien explizit einer rechtspopulistischen Aneignung des Ländlichen entgegenzusetzen, indem nicht nur Alternativen entworfen werden, sondern auch inmitten einer vom neoliberalen Zeitgeist geprägten Infrastrukturpolitik vorgelebt werden. Dennoch bleiben bei der Verschmelzung ländlicher und infrastruktureller Utopien grundlegende Fragen ihrer Deutung, geographischen Verankerung und Institutionalisierung ungeklärt.

Die Entwicklung infrastruktureller Utopien in ländlichen Räumen ist daher Gegenstand politischer Auseinandersetzungen, in denen zum Beispiel folgende Fragen verhandelt werden:

- Skalierbarkeit: Ist die niedrigste räumliche Ebene zwangsläufig am besten geeignet, um sozialen Ausgleich, Nachhaltigkeit und demokratische Teilhabe zu realisieren? Wie können aus lokal angepassten Lösungen Modelle für weitere Regionen werden?
- Institutionalisierung: In welchen Organisationsformen der Infrastrukturversorgung manifestiert sich die gesellschaftliche Aneignung? Was bedeutet »öffentliches« Eigentum – öffentliche Rechtsformen wie Eigenbetriebe, Zweckverbände etc. oder zivilgesellschaftlich getragene Genossenschaften?
- Zielkonflikte und konkurrierende Utopien: Die Aushandlung und Priorisierung der verschiedenen Ansprüche an ländliche Infrastrukturen ist Gegenstand kontinuierlicher Auseinandersetzungen und verbunden mit Fragen der Zeithorizonte bei der Umsetzung der jeweiligen Ziele in der Infrastrukturversorgung. Hierbei ist es auch eine zentrale Frage, um wessen Utopien von Infrastruktur es sich handelt. So können Utopien auch von lokalen Regierungen bestimmt werden, während eher von Grass-roots-Bewegungen getragene Utopien hingegen marginalisiert werden können.

Die Auseinandersetzung mit diesen – wie auch mit weiteren – Fragen kann nicht nur dazu beitragen, infrastrukturelle Utopien genauer zu bestimmen und schrittweise zu realisieren. Ein wesentlicher Schritt ist es dabei, ländliche Infrastrukturen – deren Präsenz oder auch Abwesenheit – sichtbar zu machen. Mit ihrem Anspruch auf sozialen Ausgleich, Nachhaltigkeit und demokratischer Teilhabe stehen infrastrukturelle Utopien aktuellen Entwicklungen der Peripherisierung wie auch des Rechtspopulismus entgegen. Darüber hinaus trägt die konzeptionelle Bestimmung und praktische Entwicklung infrastruktureller Utopien auch dazu bei, ein »Recht auf das Dorf«, die Schaffung ländlicher Gemeinschaftsgüter (Commons) und damit auch räumliche Gerechtigkeit zu reali-

sieren. Infrastrukturelle Utopien sind damit ein Schritt auf dem Weg hin zu ländlichen Utopien.

Literatur

- Alonso Serna, Lourdes (2022): »Land Grabbing or Value Grabbing? Land rent and wind energy in the Isthmus of Tehuantepec, Oaxaca«, in: *Competition & Change* 26(3-4), S. 487–503.
- Arora, Saurabh/Van Dyck, Barbara/Sharma, Divya/Stirling, Andy (2020): »Control, care, and conviviality in the politics of technology for sustainability«, in: *Sustainability: Science. Practice and Policy* 17(S2), S. 247–262.
- Atkins, Ed/Menga, Filippo (2022): »Populist Ecologies«, in: *Area* 54(2), S. 224–232.
- Bächler, Christian Martin/Hopmann, David Nicholas (2016). »Denmark: The Rise of the Danish People's Party«, in: Toril Aalberg/Frank Esser/Carsten Reinemann/Jesper Stromback/Claes de Vreese (Hg.): *Populist Political Communication in Europe*. Routledge, New York, S. 29–41.
- Bloch, Ernst (1985) [1959]: *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brennan, Ry (2023): »Technoregions of insurrection: Decentralizing energy infrastructure and manifesting change at scale«, in: Majia Nadesan/Martin J. Pasqualetti/Jennifer Keahey (Hg.): *Energy Democracies for Sustainable Futures*. London: Academic Press, 41–49.
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2023): *Deutschlandatlas*, https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/_node.html vom 10.08.2023.
- Dansk Folkeparti (2021): *Livet leves også i provinsen. Nærhedsreform*. Marts 2021. <https://danskfolkeparti.dk/medie/Landdistriktsudspil.pdf> vom 15.09.2023.
- Dansk Folkeparti (2023): *Et grønnere Danmark*. <https://danskfolkeparti.dk/politik/et-grønnere-danmark/vom15.09.2023>.
- Dechézelles, Stéphanie/Scotti, Ivano (2022): »Wild Wind, Social Storm: »Energy Populism« in Rural Areas? An Exploratory Analysis of France and Italy«, in: *Rural Sociology* 87(S1), S. 784–813.
- Deppisch, Larissa (2019): »Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn« – eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus. Braunschweig: Thünen-Institut für Ländliche Räume (Thünen Working Paper 119).
- Elkjær, Lene Gjortler/Rudolph, David/Horst, Maja (2023): »Different pasts, contested presents and desired futures: local narratives and identities in the co-production of a shared wind energy ownership model.« in: *Local Environment. The International Journal of Justice and Sustainability* (online first)
- Halfacree, Keith (2007): »Trial by space for a »radical rural«: Introducing alternative localities, representations and lives«, in: *Journal of Rural Studies* 23(2), S. 125–141.

- Jenkins, Kirsten/McCauley, Darren/Heffron, Raphael/Stephan, Hannes/Rehner, Robert (2016): »Energy justice: A conceptual review«, in: *Energy Research & Social Science* 11, S. 174–182.
- Jyllands Posten (2015): Udkantsdanmark skal blomstre igen. 16/02/2015 <https://jyllands-posten.dk/debat/kronik/ECE7452984/udkantsdanmark-skal-blomstre-igen1/> vom 18.09.2023.
- Jyllands Posten (2017): Det mener partierne om Udkantsdanmark, 7/11/2017 <https://jyllands-posten.dk/debat/breve/ECE10005120/det-mener-partierne-om-udkantsdanmark/> vom 17.10.2023.
- Jyllands Posten (2022): Lad den grønne omstilling blive et vendepunkt for vores landdistrikter. <https://jyllands-posten.dk/debat/breve/ECE14381112/lad-den-groenne-omstilling-blive-et-vendepunkt-for-vores-landdistrikter/> und https://dk.linkedin.com/posts/kl_lad-den-gr%C3%B8nne-omstilling-blive-et-vendepunkt-activity-6977165580105613312-a14K vom 18.09.2023.
- Kashwan, Prakash/Chung En-Liu, John/Das, Jahnnabi (2023): »Climate nationalisms: Beyond the binaries of good and bad nationalism«, in: *WIREs Climate Change* 14(2), e815.
- Kirkegaard, Julia Kirch/Rudolph, David/Nyborg, Sophie/Cronin, Tom (2023a): »The landrush of wind energy, its socio-material workings, and its political consequences: On the entanglement of land and wind assemblages in Denmark«, in: *Environment and Planning C: Politics and Space* 41(3), S. 548–566.
- Kirkegaard, Julia Kirch/Nyborg, Sophie/Georg, Susse/Horst Maja (2023b): »Towards failed renewable energy communities? Activist attempts to change market conditions in the Danish wind energy market«, in: *Energy Research & Social Science* 102, 103152.
- Kosiara-Pedersen, Karina (2019): Stronger core, weaker fringes: the Danish general election 2019. *West European Politics* 43 (4), S. 1011–1022.
- Li, Ruopu/Chen, Kang/Wu, Di (2020): »Challenges and Opportunities for Coping with the Smart Divide in Rural America«, in: *Annals of the American Association of Geographers* 110(2), S. 559–570.
- Mayerhöffer, Eva (2021): »How do Danish Right-wing Alternative Media Position Themselves Against the Mainstream? Advancing the Study of Alternative Media Structure and Content«, in: *Journalism Studies* 22(2), S. 119–136.
- Naumann, Matthias (2009): *Neue Disparitäten durch Infrastruktur? Der Wandel der Wasserwirtschaft in ländlich-peripheren Räumen*. München: oekom.
- Naumann, Matthias (2021): »Infrastruktureller Populismus. Infrastruktur als Agenda, Instrument und Erklärung rechter Raumproduktionen«, in: *Geographische Zeitschrift* 109(4), S. 208–226.
- Naumann, Matthias/Reichert-Schick, Anja (2012): »Infrastrukturelle Peripherisierung: Das Beispiel Uecker-Randow (Deutschland)«, in: *disP – The Planning Review* 48(1), S. 27–45.
- Nedergaard, Peter (2017): *Zurück zu den Wurzeln: Warum fordert die dänische Sozialdemokratie eine restriktive Einwanderungspolitik?* Friedrich Ebert Stiftung, Budapest. (Q&A: Europäische Debatten zu Thema Migration) <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/14497.pdf> vom 17.10.2023.

- Nibe Avis (2017): Opfordring til udviklingsfond i Nørrekær Enge. <https://nibeavis.dk/norrekaerenge/4038-opfordring-til-udviklingsfond-i-norrekaer-enge> vom 18.09.2023.
- North, Peter (2010): »Eco-localisation as a progressive response to peak oil and climate change – A sympathetic critique«, in: *Geoforum* 41(4), S. 585–594.
- Pereira, Rafael/Schwanen, Tim/Banister, David (2017): »Distributive justice and equity in transportation«, in: *Transport Reviews* 37(2), S. 170–191.
- Rodríguez-Pose, Andrés (2018): »The revenge of the places that don't matter (and what to do about it)«, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11(1), S. 189–209.
- Rudolph, David/Clausen, Laura Tolnov (2021): »Ländliche Entwicklung auf der Basis erneuerbarer Energien? Emanzipatorische Potenziale zwischen radikaldemokratischer und neoliberaler Logik«, in: *PROKLA* 51(204), S. 497–516.
- Rudolph, David/Kirkegaard, Julia (2019): »Making Space for Wind Farms: Practices of Territorial Stigmatisation in Rural Denmark«, in: *Antipode* 51(2), S. 642–663.
- Springer, Simon (2016): *The Anarchist Roots of Geography. Towards Spatial Emancipation*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Stirling, Phoebe/Gallent, Nick/Purves, Andrew (2023): »The assetisation of housing: A macroeconomic resource«, in: *European Urban and Regional Studies* 30(1), S. 15–35.
- Watkins, Josh (2015): »Spatial Imaginaries Research in Geography: Synergies, Tensions, and New Directions«, in: *Geography Compass* 9(9), S. 508–522.
- Wiggen, Mette. (2023): »The shift to the right in Denmark.« in: Katherine Kondor/Mark Littler (Hg.): *The Routledge Handbook of Far-Right Extremism in Europe*. London: Routledge. S. 202–213.